



Resigniert wird nicht!

Am 25. Februar 1981 hat Ministerpräsident Börner (SPD) vor dem Landtag in Wiesbaden, das Todesurteil über das letzte zusammenhängende Erholungs- und Waldgebiet in unserer Region verkündet.

Gegen den erklärten Bürgerwillen, gegen jede Vernunft, hat die Landesregierung arrogant und brutal den Willen der FAG, der Banken und Konzerne vollzogen. Sie hat grünes Licht für den Bau der überflüssigen und gefährlichen Startbahn 18-West gegeben.

Börner erklärte: „Der Bau der Startbahn-West ist unvermeidbar.“ Börner sprach ausdrücklich auch für die Bundesregierung und den CDU-Magistrat von Frankfurt. Er lehnte jedes Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Bürger unserer Region ab. Börner sprach nicht wie ein „Landesvater“, ein Regierungschef, der ans Allgemeinwohl denkt, sondern wie ein Willensvollstrecker der Banken und Konzerne, des Profit- und Machtwillens der Großen.

Die Argumente des Ministerpräsidenten sind durchweg falsch und ohne jede Beweiskraft. Beim geplanten Bau der Startbahn-West geht es nicht um Sicherheit von Arbeitsplätzen, nicht um „wirtschaftliche Notwendigkeiten“. Jedermann weiß, Arbeitsplätze werden durch die Startbahn-West nicht gesichert. Arbeitsplätze werden vielmehr durch kapitalistische Rationalisierung und Verlagerung von Kapital in Billiglohnländer systematisch vernichtet. Auch die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region hängt nicht vom Bau der Startbahn-West ab. Heute gibt es in der Bundesrepublik 1,3 Millionen Ar-

beitslose. Weil das herrschende Großkapital, das nur die Jagd nach immer größeren Profiten kennt, unfähig ist, den arbeitenden Menschen Sicherheit, Lohn und Brot zu garantieren.

SPD-Ministerpräsident Börner, FDP-Wirtschaftsminister Karry, CDU-Führer Dregger fordern die Startbahn, weil sie als Sachwalter des Großkapitals, der Banken und Konzerne handeln. Sie weigern sich das zu tun, was der Frankfurter Flughafen am dringendsten braucht, nämlich dafür zu wirken, daß Rhein-Main endlich zu einem reinen Zivilflughafen wird. Dann reichen die beiden vorhandenen Startbahnen.

Deshalb sagen wir: Befreit den Rhein-Main-Flughafen von der Last der Air-Base.

Befreit den Flughafen vom Mißbrauch für amerikanische Militärflugzeuge, vom Mißbrauch durch private Millionärsjets.

Zu all diesen Tatsachen und Forderungen hat Börner geschwiegen. Statt dessen erklärt er ein Umweltverbrechen, das unsere Generation und die Generationen, die nach uns kommen, mit nicht wiedergutzumachenden Schäden konfrontiert, für „unvermeidbar“. Der Kampf gegen die Startbahn-West ist mit dem Ja der Bundes- und Landesregierung nicht beendet. Die Befürworter der Startbahn-West handeln gegen den Willen der Bevölkerung unserer Region. Sie mißachten ihren Amtseid. Sie haben geschworen, „Schaden von den Bürgern abzuwenden“. Sie treten auch die Hessische Verfassung mit Füßen, in der es heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Nach dieser Regierungserklärung vom 25. Februar im Hessischen Landtag wird verstärkter Widerstand zur ersten Bürgerpflicht.

Von denen „da oben“ haben die Bürger unserer Stadt und unserer Region nichts zu erwarten. Die einzige Sprache, die die Herren verstehen, das ist die Sprache des verstärkten, gewaltfreien Widerstandes, des aktiven Protests. Dafür gibt es auch bei den Kommunalwahlen am 22. März 1981 eine gute Gelegenheit.

Wer sich bei den Wahlen für die Kandidaten der DKP entscheidet, der gibt Börner und Karry, Wallmann und Dregger die richtige Antwort.

Wer sich nicht einschüchtern läßt, wer weiter dabei bleibt, den Wald und unsere Umwelt gegen verantwortungslose Eingriffe zu verteidigen, der handelt für sich und seine Kinder. Der macht sich um die Sicherung der Lebensbedingungen in unserer Region verdient. Deshalb bleibt es dabei: Keine Startbahn-West! Verstärkter Widerstand! Börners Todesurteil für unseren Wald darf nicht vollstreckt werden!

Der „blickpunkt“ untersucht heute die Kommunalprogramme der SPD und der „Grünen Bürgerliste“. Das CDU-Programm konnten wir bis heute noch nicht untersuchen, weil es noch nicht vorliegt. Sollte die CDU sich noch aufrufen und ein Programm erstellen, werden wir noch darauf eingehen.

„Sozialdemokraten“

In diesen Tagen fällt manchem Bürger unserer Stadt auf, daß er keine SPD-Plakate zu Gesicht bekommt. Ganz dezent stehen einige Stellschilder in unseren Ortsstraßen mit dem Slogan: „Aus Verantwortung für unsere Stadt, Brehl – Jourdan – Sozialdemokraten.“ Haben die seit Jahrzehnten in unserer Stadt bekannten SPD-Vertreter diesmal nicht den Mut, sich SPD zu nennen? Sie sind doch nach wie vor Mitglieder dieser Partei und wollen auch wieder als solche in das Stadtparlament und in den Kreistag einziehen. Wollen die Vertreter dieser Partei in unserer Stadt mit dem Antreten als Sozialdemokraten zur Kommunalwahl die Bürger täuschen, oder glauben sie, sie müßten nach dieser rein kosmetischen Korrektur ein weniger schlechtes Gewissen haben? Das schlechte Gewissen ist sicherlich angebracht, wenn man von seinen Par-

teifreunden in Bonn, in Wiesbaden, aber auch im Kreis, so wie geschehen, in die Pfanne gehauen wird. In Bonn macht sich die Spitze der SPD immer noch stark für einen teuflischen Rüstungskurs – verpulvert der Sozialdemokrat Apel Milliarden Steuergelder für den fragwürdigen Jagdbomber Tornado. In Bundesländern verhängen noch sozialdemokratische Minister Berufsverbote und das nicht nur gegen Kommunisten, sondern auch gegen fortschrittliche Sozialdemokraten. In Wiesbaden kämpft der Sozialdemokrat Börner, gemeinsam mit den Spitzen der FDP und CDU im Interesse der Wirtschaft, der Großbanken und Konzerne, für eine dritte Startbahn, die den Lebensraum von Millionen Menschen zerstört. In unserem Kreis Groß-Gerau sind zwei Sozialdemokraten Landtagsabgeordnete, deren einziger Mut der Wankelmuth ist. Obwohl sie im Ange-

sicht der Bürger bisher immer betont haben, sie seien gegen die Startbahn West, obwohl sie bei Kundgebungen und Demonstrationen sich bisher immer in der Nähe des Podiums, gut sichtbar für die Presse, gezeigt haben, stimmten sie bei der letzten Abstimmung ihrer Landtagsfraktion nicht gegen die Startbahn West, sondern enthielten sich lediglich ihrer Stimme.

Das sind alles Mitglieder der SPD, und da hilft es wenig, sich bei der Kommunalwahl hinter dem Namen Sozialdemokraten verstecken zu wollen. Hier hilft nur eins, die SPD in unserer Stadt muß ihren Oberen klipp und klar sagen, wo es lang geht und dies nicht nur zum Thema Startbahn West. Nach der Regierungserklärung von Ministerpräsident Börner und dem Schwinden aller Hoffnungen auf Bundesverkehrsminister Hauff, der sich nun auch klar für das Umweltverbrechen in unserer Region aussprach, gibt es nur noch eine Konsequenz: Nicht Korrektur am Namen, sondern Korrektur am Kurs. Heinz Hechler



Dienstag, 10.3., 20 Uhr

Melodien und Tänze aus der Pußta

Ein Folkloreabend mit dem ungarischen Volkskunstensemble „Bogystzlo“ im Bürgerhaus Mörfelden

Eintritt: Vorverkauf DM 5,-, Abendkasse DM 7,-

Vorverkauf bei der DKP in Mörfelden und Walldorf und in den bekannten Vorverkaufsstellen

Die Kandidaten der arbeitenden Bevölkerung

Der Maschinensetzer Rudi Hechler ist Spitzenkandidat der 47köpfigen DKP-Liste zur Kommunalwahl 1981.

Er sagt: „In Mörfelden und Waldorf ist das parlamentarische Leben durch das Auftreten der linken Arbeiteropposition DKP interessanter und durchschaubarer geworden. Vor allem der „blickpunkt“ hat viel dazu beigetragen. Die DKP wird auch in der kommenden Legislaturperiode ihrem alten Grundsatz treu bleiben: Grundlage aller örtlichen Planungen und Entscheidungen müssen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung sein.“

*Rudi Hechler, Maschinensetzer
Hochstr. 22*

*Heinz Hechler, Techniker
Ellenbogenstr. 8*

*Rudolf Dötsch, Maschinensetzer
Schumannstr. 3*

*Herbert J. Oswald, Speditionskaufmann,
Waldstr. 101*

*Jörg Cezanne, Lehrling
Egerländer Str. 2*

*Waltraud Träger, Hausfrau
Hochstr. 6*

*Gerd Schulmeyer, Student
Wolfsgartenstr. 2*

*Wolfgang Schilling, Bankkaufmann
Niddastr. 26*

*Ilona Feutner, Speditionskaufmann
Schlesierstr. 16*

*Ernst Hechler, Werkzeugmacher
Ellenbogenstr. 10*

*Michael Denk, Rentner
Wolfsgartenstr. 15*

*Wilhelm Passet, Rentner
Bäckerweg 48*

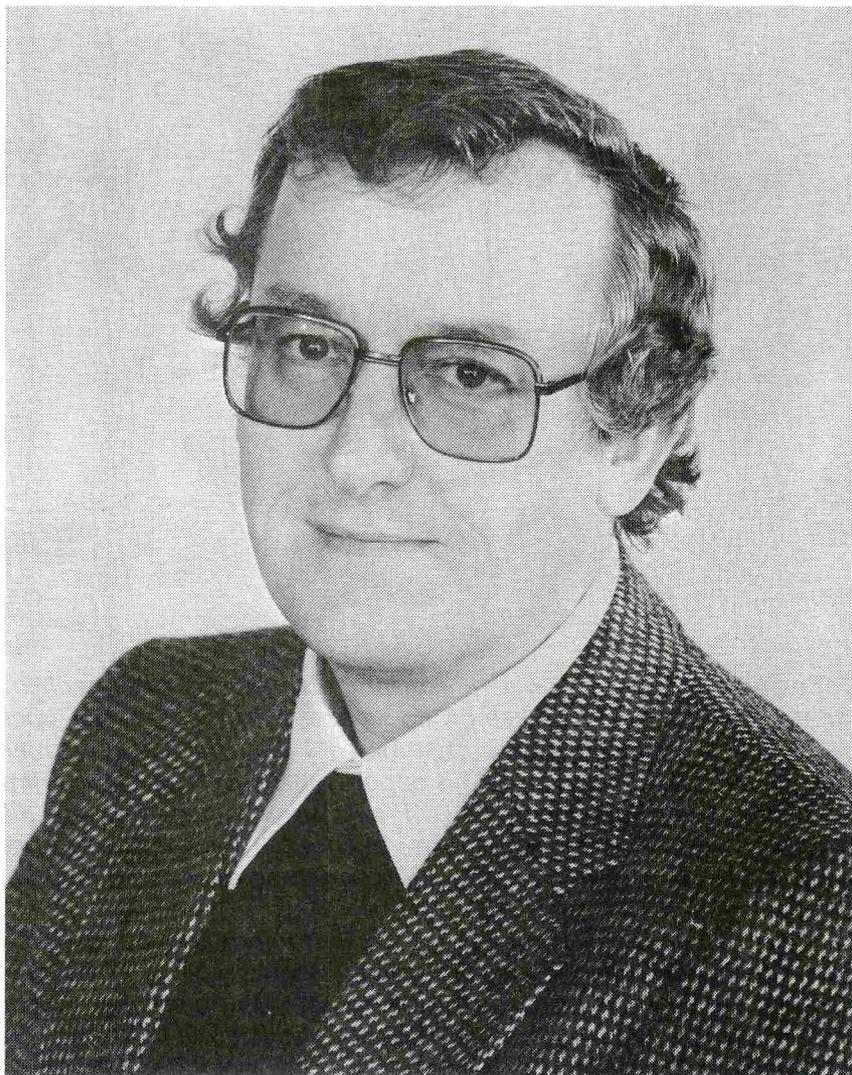
*Käthe Hechler, Hausfrau
Hochstr. 22*

*Dietmar Treber, Sozialpädagogin
Westendstr. 28*

*Margit Helwig, Sozialpädagogin
Am Schlichter 9*

*Lorenz Pons, Zimmermann
Waldenserstr. 4*

*Heinz Passet, Chemielaborant
Am Schlichter 9*



*Kurt Hechler, Schüler
Ellenbogenstr. 10*

*Gerda Hechler, Hausfrau
Ellenbogenstr. 8*

*Chris Ryser, Schülerin
Waldstr. 101*

*Artur Siegel, Gärtner
Kalbsgasse 9*

*Karl-Heinz Hechler, Betriebswirt
Brückenstr. 10*

*Renate Treber, Sozialpädagogin
Westendstr. 28*

*Ernst Knöb, Student
Mittelgasse 10a*

*Sophie Haag, Hausfrau
Forsthausstr. 45*

*Willi Hechler, Elektriker
Freiburger Str. 13*

*Peter Passet, Rentner
Langstr. 8*

*Berthold Hechler, Fernmeldehandwerker,
Hochstr. 22*

*Cornelia Hechler, Anwaltsgehilfin
Brückenstr. 10*

*Rainer Haag, Maurer
Forsthausstr. 45*

*Steffen van Klev, Kfz-Mechaniker
Forsthausstr. 45*

*Helga Hechler, Stepperin
Ellenbogenstr. 10*

*Peter Knodt, Groß- und Außenhandelskaufmann,
Darmstädter Str. 1*

*Heinrich Hechler, Schlosser
Schafgasse 6*

*Christa Dötsch, Hausfrau
Schumannstr. 3*

*Erich Schaffner, Schauspieler
Hochstr. 6*

*Brigitte Hechler, Studentin
Freiburger Str. 13*

*Karl Dammel, Rentner
Am Schlichter 40*

*Anton Träger, Angestellter
Hochstr. 6*

*Erna Hechler-Schulmeyer, Studentin
Wolfsgartenstr. 2*

*Heinrich Schulmeyer, Versicherungsagent,
Frankfurter Str. 87*

*Brigitte Küchler, Hausfrau
Feldstr. 25 a*

*Philipp Arndt, Rentner
Bebelstr. 7*

*Brigitte Haag, Setzerin
Forsthausstr. 45*

*Ludwig Hechler, Fernmeldehandwerker,
Ellenbogenstr. 10*

*Susanne Schulmeyer, Hausfrau
Frankfurter Str. 87*

*Klaus Schulmeyer, Student
Parkstr. 14*

„Schmidtchen Rudolf
mit den
elastischen Beinen...“



Große Sprüche hat er schon gern gemacht, als er noch FDP-Sprecher war. Als „grüner Listenführer“ macht er sie schon im Wahlkampf. So sagte er jetzt (wie meinen, doch ein wenig überheblich), „die DKP sei ein Abstellgleis für Proteststimmen“. Daß aber sehen die meisten Bürger unserer Stadt anders. Viele wissen, wie aktiv die DKP als oppositionelle Kraft in der Kommunalpolitik auftritt und die meisten Wähler wissen auch, daß die DKP seit Jahren zu jenen gehört, die an vorderster Front gegen die Startbahn/West kämpfen. Viele Leute schüttelten deshalb auch mit dem Kopf, als sie die „grünen Schmidt-Anzeigen“ lasen, in denen aufgerufen wird, den Landtagsparteien und der DKP keine Stimme zu geben.

Wir haben nichts dagegen, wenn man unser Wahlprogramm, unsere kommunale Arbeit kritisch untersucht. (Wir machen das bei den anderen auch.) Wer aber auf diese Weise die Startbahn-Befürworter-Parteien und die DKP in einen Topf wirft, schadet der Bewegung, die nach dem 22. März weitergehen muß. Falscher Ehrgeiz und antikommunistische Verblendung haben hier Rudolf Schmidt und seiner Liste die Feder geführt. Wir bedauern diese Entwicklung und hoffen, daß sie sich nicht fortsetzt.

Zum Programm der „Grünen Bürgerliste“ Damit ist auf Dauer kein Blumentopf zu gewinnen

Die „Grüne Bürgerliste“ hat ihr kommunalpolitisches Programm vorgelegt. Ein Katalog mit mehreren Dutzend Einzelforderungen. Wie in den Programmen anderer Parteien gibt es auch hier eine Reihe diskutierenswerter Punkte.

Einiges ist außerordentlich unklar ausgedrückt, viele Programmpunkte stehen deutlicher und konsequenter formuliert im DKP-Kommunalprogramm, das schon im Januar in jeden Haushalt gelangte. Der Hauptnachteil des Programms ist die Tatsache, daß viele Forderungen aufgeführt werden, aber nicht gesagt wird, wie sie durchzusetzen sind.

Es werden Bekenntnisse zum Schutze der Umwelt und zur Demokratie abgegeben, ohne jene zu nennen, die Umwelt und Demokratie bedrohen. Kein Satz über das herrschende kapitalistische System, in dem der Profit alles, der arbeitende Mensch und seine Interessen und Bedürfnisse aber wenig gelten. Kein Satz über jene gesellschaftlichen Kräfte, die im Interesse des Profits unsere Umwelt, die De-

mokratie und die kommunale Selbstverwaltung systematisch zerstören.

Und noch etwas fiel uns auf.

In einer Zeit, da immer mehr Bürger unseres Landes voller Sorge an die Zukunft denken und die Angst vor der atomaren Hochrüstung und der Anhäufung von Vernichtungswaffen gerade auch in unserer Region wächst, kann man im Programm der „Grünen Bürgerliste“ nicht ein Wort zur Notwendigkeit, aktiv für den Frieden einzutreten, finden, kein Wort zur skandalösen und gefährlichen Verschleuderung von immer mehr Milliarden für die Hochrüstung finden.

Diese Grundaussagen aber, gehören auch in jedes Kommunalprogramm.

Denn wenn „oben“ das Geld falsch ausgegeben wird, dann fehlt es „unten“ für notwendige kommunale Einrichtungen.

Sollen die Vereine blechen?

Bei der zentralen Frage der Erhöhung von Gebühren, Tarifen und kommunalen Abgaben wird es im „Grün-Programm“ beson-

ders enttäuschend. Nirgends wird gesagt, daß die „Bürgerliste“ gegen weitere Belastungen der Bürger durch höhere Gebühren für Wasser, Strom, Kanal und Müllabfuhr etc. auftritt. Dafür wird für „sparsamste Haushaltsführung“ plädiert. (Wer ist schon gegen Sparsamkeit?)

Außerordentlich falsch aber wird es, wenn diese „Grüne Liste“ vollkommen lebensfremd für die „Sanierung der städtischen Wirtschaftsunternehmen Bürgerhaus und Stadthalle“ eintritt.

Offenbar sollen die Vereine, die das Bürgerhaus und die Stadthalle benutzen, künftig für Mieten das Vielfache bezahlen, anders wären die Zuschüsse ja wohl kaum einzusparen.

Als des „grüne Listenführer“ noch Sprecher der FDP-Fraktion im Mörfelder Stadtparlament war, konnte man diese unsoziale Forderung schon öfter hören. Nun will sie Rudolf Schmidt offenbar erneut angehen.

Kostendeckende Gebühren – eine Hauptforderung von SPD, CDU und FDP – jetzt auch bei den „Grünen“?

Da lesen wir im Programm der „Bürgerliste“ auch, daß sie für „aufwandsgerechte und auch sozialverpflichtete Gebühren, d.h. kostendeckende Gebühren für Industriebetriebe (Straßenreinigung, Wasser, Kanal usw.), d.h. auch bezuschusste Gebühren für die Öff-

▽ fentlichkeit (Schwimmbad, für Kindergärten usw.)" eintritt.
Das ist der reinste Gummiparagraph! Denn es wird nicht gesagt, daß die „Bürgerliste“ gegen kostendeckende Gebühren für die Bevölkerung eintritt. Kostendeckende Gebühren fordern SPD, CDU und FDP. Und kostendeckende Gebühren — das heißt radikale Erhöhung der kommunalen Abgaben der Bürger, das heißt weitere Belastungen der Bürger, als würden wir nicht schon genug Steuern zahlen. Will das die „Bürgerliste“?

Der Forderungskatalog der „Grünen Bürgerliste“ beweist jedenfalls, daß die arbeitende Bevölkerung von Mörfelden ihre wichtigsten Forderungen nicht vertreten findet. Diese Liste wird diese Konsequenz im Interesse der Bürger niemals aufbringen können. Hier sind zuviele Meinungen unter einen Hut zu bringen. Einen konsequenten Arbeiterstandpunkt, Politik für die Arbeiter und Angestellten, für die Mehrheit der Bevölkerung, kann diese Gruppierung von ehemaligen CDU-, FDP- und SPD-Mitgliedern, von „Grünen“, von Anhängern des maoistischen KBW und anderen nicht aufbringen. Die Gegnerschaft zur Startbahn-West allein ist keine ausreichende Grundlage für eine notwendige Opposition in einer Arbeiterwohnstadt wie Mörfelden-Walldorf.

Die „Grüne Bürgerliste“ ist außerstande zu sagen, warum die Städte und Gemeinden

sich in einer akuten Finanznot befinden. Denn die Finanzkrise der Städte — auch der Stadt Mörfelden-Walldorf — ist nicht das Ergebnis einzelner, falscher Entscheidungen, einzelner Gesetze und Verordnungen; sie ist in erster Linie das Resultat der Tatsache, daß das staatliche System in unserem Land nach den Bedürfnissen der Kapitalverwertung und den Rüstungsinteressen funktioniert und die Kommunen Bestandteil dieses Systems sind. Der öffentliche Bedarf der Bevölkerung ist dabei zweitrangig.

Wenn man diese Tatsachen übergeht, verspricht man Kanonen und Butter, etwas, was es, wie die Erfahrungen beweisen, niemals geben kann.

Wer nicht gegen die Hochrüstung und Atomraketen kämpft, wer nicht das herrschende kapitalistische System angreift, kann nicht dazu beitragen, die Städte und Gemeinden zu sanieren und die Umwelt wirksam zu schützen.

Wir werden jedenfalls das Auftreten der „Grünen Bürgerliste“ im Wahlkampf und die Arbeit dieser „basisorientierten Organisation“ in Mörfelden-Walldorf stets daran messen, was ihre Vertreter konkret vorschlagen und was sie wirklich tun, ob sie sich von den Interessen der arbeitenden Menschen und unserer Stadt leiten lassen, oder aber sich zu Vollzugsorganen einer Politik machen, die gegen die Interessen der Bürger gerichtet ist.

Man sollte die Wahlprogramme in Ruhe einmal vergleichen

Wer einmal die Kommunalpolitischen Vorschläge und Forderungen der DKP mit den kommunalen Forderungen von SPD, CDU und „Grüner Bürgerliste“ vergleicht, der wird feststellen, die Forderungen und Vorschläge der DKP sind konkret, real und bürgernah, von Arbeiterinteressen bestimmt. Kommunisten machen nicht nur Vorschläge, sie sagen auch, wie sie finanziert und durch den gemeinsamen Kampf der arbeitenden Menschen durchgesetzt werden können. Das haben die DKP-Abgeordneten in den vergangenen Jahren in unserer Stadt oft genug bewiesen.

Bei der DKP wissen die Bürger, woran sie sind!

Auf die konsequente aktive DKP können sie sich verlassen!

Das kommunalpolitische Programm der „Grünen Bürgerliste“ ist bisher ein ungedeckter Scheck; bisher kann niemand wissen, wie lange sie „unter einem Hut bleiben“. Und welcher Wähler will seine Stimme bei den Kommunalwahlen schon für unsichere Kantoristen hergeben, wer will schon auf einen ungedeckten Scheck setzen? Mit dem vorgelegten „grünen Programm“ ist auf Dauer jedenfalls kein Blumentopf zu gewinnen.



Ist der Wald uninteressant?

Forstdirektor Klier, ein engagierter Umweltschützer, schickte uns ein Schreiben, in dem er sich mit FDP-Politikern auseinandersetzt, die meinten, der Wald am Flughafen sei für die Bürger wenig interessant. Im Klier-Brief heißt es u.a.:

Führende FDP-Politiker aus Landesebene, Kreisebene Groß-Gerau und der Stadt Flörsheim haben im „Rüsselsheimer Echo“ vom 11. Februar 1981, Meinungen geäußert, die im Interesse einer sachlichen öffentlichen Meinungsbildung von mir, als ständigen Behördenleiter des Hess. Forstamtes Mörfelden-Walldorf, richtiggestellt werden müssen.

Es wurde u.a. ausgeführt:

„Man muß den Wald nicht wieder dort haben, wo er einmal war“. Dies trifft zu für das Gelände der Startbahn West, da dort kein Wald mehr sein wird. Es gibt jedoch keinen Grund, den östlich der Startbahn West gelegenen, 177 ha großen verbleibenden Stadtwald Flörsheim aus Arrondierungsgründen, angeblich zur besseren Bewirtschaftung des Waldes, an die FAG zu verkaufen. Der Ostteil wäre nach wie vor im Zusammenhang mit dem verbleibenden Westteil ohne große Behinderung durch den Tunnel an der Okrifteiler Straße bewirtschaftbar gewesen. Mit dem Verkauf an die FAG ist eine Zerschlagung der Bewirtschaftung durch die Stadt eingetreten. Es geht nicht allein darum, welchen großen Nutzen sich die Stadt Flörsheim aus dem Waldverkauf verspricht, sondern darum, welche

Bedeutung dieser Wald für die Bewohner des Rhein-Main-Gebietes hat. Der Flörsheimer Stadtwald ist bedeutend für das Gemeinwohl aller Bürger und die Stadt dafür sozialpflichtig!

Daß die FAG der Stadt Flörsheim neue zusammenhängende Wälder als Ersatz für die an sie verkauften Wälder versprochen hat, ist ein völlig neuer Aspekt. Es wäre interessant zu erfahren, wer der FAG solche Versprechungen gemacht hat. Mir ist davon nichts bekannt!

Die Behauptung: „der Wald würde Zuschüsse in seiner Bewirtschaftung erfordern“, ist zu berichtigen, da der Staatswald und der Stadtwald Flörsheim in den letzten Jahren erhebliche Überschüsse gebracht hat.

„Der Wald jenseits des Mains sei doch nur besseres Buschwerk“ ist eine Aussage, die für sich spricht! Gemeint ist wohl der 7200 ha große Wald des Forstamtes Mörfelden-Walldorf, eine falschere Beurteilung der Waldsituation hat es wohl noch nie gegeben!

Dieser Wald liefert jährlich 25 – 30.000 fm Holz, ist mit der größten Bedeutung an Wohlfahrtswirkungen in diesem Lande ausgestattet und ist Teil der Lebensgrundlage für das Rhein-Main-Gebiet schlechthin!

Der Wald, der für die Startbahn West benötigt wird, ist fast ausschließlich Mischwald mittleren Alters, der in seiner ökologischen Wirkung dem Standort angemessen, nicht besser sein kann!

Der auf der Ostseite der Startbahn West gelegene Flörsheimer Stadtwald (Verkaufsfläche an die FAG) ist ein gepflegter Wirtschaftswald, der zum großen Teil aus Laubmischwäldern besteht.

Im ganzen Waldbereich *gibt es kein „Buschwerk“* und ich bitte, mir dieses Buschwerk vorzuzeigen!

„Die Argumente der Ausbaueegner hätten Teilprüfungen nicht standgehalten“ und „der Widerstand in der Bevölkerung wird durch das Schüren von Emotionen provoziert“... spricht mit seinem „demokratischen“ Stil für sich!

Seit 20 Jahren wird insbesondere auch von Politikern über die Bedeutung der Umwelt, insbesondere des Waldes für die Lebensfähigkeit von Land und Menschen groß gesprochen. Die Menschen haben inzwischen die Bedeutung des Waldes erkannt und stellen sich offensichtlich, unter Mißachtung ihrer Gesundheit und zur Verteidigung dieser, vor den Wald. Es bedarf also keines Schürens von Emotionen.

Das Hess. Forstamt Mörfelden-Walldorf ist in Sorge um die Waldbestände in seinem Amtsbereich, nachdem in den letzten 50 Jahren 25 % (= 2300 ha) der vorhandenen Waldfläche „dem Fortschritt“ geopfert wurden! Eine weitere Waldvernichtung ist bedrohend für das Leben im Rhein-Main-Gebiet, da die Belastungen des Landes durch Lärm, Verunreinigungen der Luft und Zerstörung von Landschaft das Maß des Erträglichen erreicht und wahrscheinlich überschritten hat!

Zum SPD-Kommunalwahlprogramm Mit fremden Federn geputzt

Die SPD in Mörfelden hat in einem Flugblatt Bilanz über die vergangenen 4 Jahre gezogen, und ist nach Aufzählung von 29 Punkten der Meinung, daß diese Bilanz positiv ausgefallen sei.

Zu den einzelnen Erfolgsmeldungen ist jedoch so manches zu sagen:

Kinderhort

Mehrmals hatte die DKP-Fraktion den Antrag zur Errichtung eines Kinderhortes in unserer Stadt gestellt. Erst nach massivem Einschalten der Bürger wurde der Magistrat tätig und mietete hierfür ein Haus.

Essen auf Rädern

Diese Forderung stand bereits zweimal im Wahlprogramm der DKP und wird seit einigen Jahren erfolgreich vom Roten Kreuz betrieben.

Theater, Konzerte, Kulturprogramm

Hierzu reichte seither als einzige Partei im Stadtparlament die DKP ausführliche Vorschläge ein.

Vereinszuschußrichtlinien

Diese, sicherlich vorbildlichen Richtlinien, wurden nicht allein von der SPD, sondern vom gesamten Parlament ausgearbeitet.

Ankauf „Goldener Apfel“, „Boninhaus“

Die DKP-Fraktion unserer Stadt hat sich seit Jahren für die Altstadtsanierung und Erhaltung historischer Bausubstanz eingesetzt. Gleichzeitig tragen Sozialdemokraten in unserer Stadt Verantwortung dafür, daß in der Vergangenheit zahlreiche historische Gebäude der Spitzhacke zum Opfer fielen. Erst durch den massiven Einspruch und die breite Aufklärung der Bevölkerung durch die DKP-Fraktion wurden die Sozialdemokraten daran gehindert, das Boninhaus in Walldorf, den Wasserturm und das alte Rathaus in Mörfelden abzureißen.

Man sieht, nicht alles, was die SPD unserer Stadt als ihre Erfolgsbilanz bezeichnet, ist tatsächlich auf ihrem Mist gewachsen. Auch andere Fraktionen haben zu dem, was in vier Jahren erreicht wurde, ihr Teil beigetragen. Wenn auch die SPD in Mörfelden-Walldorf den Bürgermeister und den ersten Stadtrat stellt, so kann sie nicht alles, was diese Stadt in vier Jahren für ihre steuerzahlenden Bürger tun muß, an ihre Fahnen heften. Wenn schon in Walldorf ein Wasserversorgungsbehälter notwendig war, dann hat die Errichtung eines solchen nichts mit der Erfolgsbilanz der SPD zu tun. Schließ-

lich haben die Bürger dieser Stadt, unter vielen anderen Erhöhungen, eine gewaltige Erhöhung des Wasserpreises in Kauf nehmen müssen und können deshalb verlangen, daß die Wasserversorgung aufrecht erhalten wird. Es stünde der SPD gut an, in diese Bilanz auch Punkte aufzunehmen, wie die Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühren, die Erhöhung des Wasserpreises, der Friedhofsgebühren, der Müllgebühren, der Erschließungskosten, der Anliegerbeiträge usw.

Ähnlich und genau so korrekt verhält sie sich mit ihrem Wahlprogramm für 1981 – 85. Da wird wiederum so manches aufgeführt, was bereits vor Jahren auf Antrag, auch unserer Partei, eingeführt wurde. So unter anderem das Sammeln von Altglas. Wir wissen noch sehr gut, wie lange es dauerte, bis Bernhard Brehl in dieser Richtung aktiv wur-

de, und wir wissen auch, daß er einen Brief des Landrates zitierte, in dem dieser schrieb: „Altglas gehört auf die Mülldeponie“.

In diesem neuen Programm stehen wiederum Dinge, die bereits gelaufen sind. Wir wollen nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen, aber erwähnenswert ist doch bei der Forderung nach besserer Facharztversorgung, daß sich die Mörfelder Sozialdemokraten jahrelang gegen die Errichtung des von der DKP geforderten Ärztehauses gestemmt haben und erst nach dieser Einrichtung in unserer Stadt die Facharztversorgung möglich war.

Geradezu unredlich ist es, wenn die SPD einen Kinderhort für Walldorf im Wahlprogramm stehen hat und erst vor kurzem gegen einen DKP-Antrag des gleichen Inhaltes gestimmt hat.

Zum Thema gesicherte Wasserversorgung sei nur zu sagen, daß wir nicht hoffen, daß unsere Trinkwasserversorgung eines Tages zusammenbricht, durch die in erster Linie von der SPD zu verantwortende Riesenmülldeponie in der Nähe unserer Trinkwasserbrunnen.

Interessante Diskussion im Bürgerhaus

Totale Bedrohung?

Unter diesem Titel fand im Bürgerhaus eine Podiumsdiskussion der DKP statt, die gut besucht war. Engagierte Professoren und Fachleute, so die Professoren Frank Deppe (Marburg) und Hans Mausbach (Frankfurt), Dr. Dr. Joachim Kahl (Marburg), Dr. Rainer Eckert (Frankfurt), Dr. Ellen Weber (Frankfurt), der Opel-Vertrauensmann Uwe Pröpper, Dipl.-Physiker, sowie Rudi Hechler, DKP-Spitzenkandidat Mörfelden-Walldorf, setzten ihre Meinung zur gegenwärtigen Situation im Rhein-Main-Gebiet vor. Während Prof. Dr. Hans Mausbach die gesundheitlichen Folgen der Konzentrierung von Industrie in einem klimatisch ungünstigen Raum aufzeichnete, sprach Prof. Frank Deppe über die Ursachen des Unmuts der Bevölkerung, die Rolle der etablierten Parteien und dem notwendigen Kampf gegen die bestehenden Herrschaftsstrukturen, um weiteres Unheil von den Menschen abzuwenden. Dr. Dr. Joachim Kahl spannte den Bogen der Bedrohung von dem konkreten Beispiel Startbahn West zu den gesellschaftlichen Ursachen der Bedrohungsangst der Menschen. Die historisch zum Untergang bestimmte Kapitalistenklasse setze alles daran, den Prozeß ihrer Ablösung, den gewaltfreien Übergang zu der höheren Gesellschaftsstufe, die Sozialismus heißt, aufzuhalten und zu

verhindern. „Der Kapitalismus ist zu allem fähig“. Die Beispiele von Hiroshima, Vietnam, der Faschismus in Deutschland und anderswo seien bedröht Zeugnisse der Menschenverachtung, der Brutalität, der Herrschaftssicherung um jeden Preis. Die Äußerung des US-Außenministers Haig, daß es wichtigere Dinge als den Frieden gäbe; die Unterstützung von diktatorischen Regimes in Chile und El Salvador, der Kampf gegen die Befreiungsbewegungen der Völker der dritten Welt, die Stationierung von Atomraketen in Europa, der Griff nach der Neutronenwaffe, sind nur einige Beispiele in der langen Kette von Untaten, die die Menschheit nicht nur bedrohen, sondern überhaupt in Frage stellen.

In einer Schlußbemerkung sprach der Spitzenkandidat der DKP Rudi Hechler von den Ängsten der Bürger um die Arbeitsplätze, von der Lüge, daß diese durch den Startbahnbau sicherer würden; er sprach über die 17.000 Arbeitsplätze bei Opel in Rüsselsheim, die aus Profitgründen wegrationalisiert würden. „Die einzige Möglichkeit ist es, dieser Politik einen Denkwort zu verpassen (einen Denkwort, der auch in Wiesbaden verstanden wird), wenn am 22. März viele DKP-Stimmen in den Wahlen sind.“

8. März Internationaler Frauentag

Mädchen noch weniger Ausbildungsvergütung

Nach einer Untersuchung der Ausbildungsvergütungen für Mädchen und Jungen durch das Bundesinstitut für Berufsausbildung liegen die Ausbildungsvergütungen der Mädchen weit unter dem Durchschnitt der Vergütungen ihrer männlichen Kollegen. In den 15 Lehrberufen mit einem Mädchenanteil von über 90 Prozent lag die durchschnittliche Ausbildungsvergütung im Jahre 1979 bei 380 DM, bei den entsprechenden Berufen für Jungen bei 475 DM.



Unzumutbare Arbeitsplätze

Ende vergangenen Jahres wurden von der Gewerbeaufsicht in Hessen 3.000 Kassenarbeitsplätze untersucht. Zum Zeitpunkt der Kontrolle arbeiteten in den kontrollierten Betrieben insgesamt 31.681 Arbeiter und Angestellte, davon allein 77,1 Prozent Frauen. 53,5 Prozent dieser Frauen waren teilzeitbeschäftigt.

Im Ergebnis dieser Sonderkontrollaktion wurde festgestellt, daß die Arbeitsbedingungen an vielen Kassenarbeitsplätzen oftmals nicht mit den berechtigten Forderungen nach mehr Humanität am Arbeitsplatz in Einklang zu bringen sind. Die Untersuchung ergab zwar, daß die Hälfte dieser Kassenarbeitsplätze mit Laufbändern ausgestattet waren, daß aber immer noch 27,8 Prozent der Arbeitsplätze mit reinen Bandkassen und 14,6 Prozent mit Umpackischen ausgestattet sind. Unabhängig von den einzelnen Kassentypen stellten die Beamten der Gewerbeaufsicht weitere erhebliche Mängel fest.

Bei über 70 Prozent der untersuchten Kassenarbeitsplätzen fehlte jegliche Fußstütze; an jedem vierten Arbeitsplatz konnte man nicht einmal die Beine ausstrecken; in jedem fünften Fall wurden die Beschäftigten in eine wahre Zwangshaltung gepreßt. Oft fehlten drehbare Sitze, Rückenlehnen federten nicht oder ließen sich nicht verstellen. Zugluft und Fußkälte sowie unzureichende Beleuchtung waren weitere gesundheitsschädliche Bedingungen, die an den Arbeitsplätzen der Frauen festgestellt wurden.

Frauen werden schlechter entlohnt als Männer

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erreichten Arbeiterinnen im Jahre 1979 nur 69 Prozent des durchschnittlichen Arbeiter-Verdienstes. Männliche Arbeiter hatten im Schnitt einen Jahreslohn von 31.759 DM, Arbeiterinnen aber 21.858 DM. In den Industriebereichen, in denen besonders viele Frauen tätig sind, waren die Löhne für Frauen bei weitem niedriger als im Industriedurchschnitt. So lagen die Jahreslöhne für Frauen in der Bekleidungsindustrie bei durchschnittlich 19.195 DM, bei 20.467 DM in der Textilindustrie und in der Elektroindustrie bei 22.440 DM.



Arbeitslose Frauen werden diffamiert

Immer wieder wird die diffamierende Behauptung verbreitet, daß arbeitslose Frauen nicht an der Wiedererlangung eines Arbeitsplatzes interessiert seien. Abgesehen von der Unverschämtheit dieser Beschuldigung, die man nicht scharf genug zurückweisen kann, ergibt sich aus einer Veröffentlichung der Bundesanstalt für Arbeit, daß der Anteil der arbeitslosen Frauen an beruflichen Bildungsprogrammen auf rund 60 Prozent angestiegen ist (Dezember '80). Fünf Jahre zuvor betrug ihr Anteil an der beruflichen Fortbildung nur 26 Prozent.

Leistungsdruck macht krank

Folgen des gewinnorientierten Einsatzes neuer Techniken in Büros sind Monotonie, Leistungsdruck und Arbeitshetze. Sie wirken sich sehr stark auf das allgemeine Wohlbefinden eines Menschen aus. Die Zahl der Heilbehandlungen wegen „Allgemeinerkrankungen“ steigt ständig. Besonders betroffen sind auch hier die Frauen. Über 50 Prozent (94.871) der Frauen nahmen bereits im Jahre 1975 eine Heilbehandlung in Anspruch. 1978 betrug ihr Anteil an den Heilbehandlungen bereits 55,9 Prozent (149.037). Nach offiziellen Angaben der Angestelltenversicherung beziehen auch immer mehr Frauen eine Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente. Der Anteil der Frauen liegt bei dieser Rentenart erheblich über dem Durchschnitt. 1976 erhielten 35,5 Prozent der weiblichen Rentempfänger eine Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente. 1978 waren es bereits 43,6 Prozent.

„Wir Frauen
sind kein
schwach'
Geschlecht“

So., 8. 3. 1981, 20.00 Uhr

mit Helga Mangold in
Mörfelden, Bürgerhaus

Frauendemonstration gegen die Startbahn West

Am 8. März 1981

15.00 Uhr, Festplatz Mörfelden

16.00 Uhr, Kundgebung am alten Rathaus

Kommt alle mit Familien und Freunden!

Das neue „blickpunkt“-Buch ist da!

Oktobertage – Tage des Lernens

Berichte, Erlebnisse, Erfahrungen
aus dem Kampf gegen die Startbahn West

Über 200 Seiten hat das neue „blickpunkt“-Buch über den Kampf gegen die Startbahn-West. Weit über 100 Großfotos vermitteln einen umfassenden Eindruck über die Geschichte dieser Bewegung. Zahlreiche Bürger unserer Stadt werden sich auf den Fotos wiederfinden. Ein Andenkenbuch zum Nachdenken. Ab sofort in den Buchhandlungen und bei den Mitgliedern der DKP erhältlich.

Floh de Cologne

Samstag, 21. März 1981
20 Uhr, Stadthalle Walldorf

Eine Veranstaltung der DKP-Walldorf und der SDAJ



Mörfelden gestern

Die Gänsbach. So idyllisch sah es noch bis 1930 im Bereich der Darmstädter -/Groß-Gerauer-Straße aus. Hier wurden die Gänse hingetrieben und im Sommer badeten an dieser Stelle die Mörfelder Buben und Mädchen. Die Straße war zum Wasser hin abgeflacht, damit in trockener Jahreszeit, die Kuh- und Pferdewagen hineingeschoben werden konnten. So konnten sich die Reifen wieder festziehen. Gegenüber der Straße ist noch die Scheune des Goldschmiedes, eines bekannten Mörfelder Juden zu erkennen. Die Scheune wurde von fanatischen SA-Leuten angesteckt und der Besitzer in ein KZ geschafft. Neben der Idylle muß man auch die Schattenseiten der Vergangenheit sehen.